

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Vorbestellung gebührt. Einzelnummern 10 Pf. Wöchentlich für Wilsdruff u. Umgegend kostenlos und außerhalb zu jeder Zeit für 10 Pf. zu beziehen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Stammzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Stammzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Stammzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen nach Möglichkeit. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 106 — 89. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 8. Mai 1930

Am Beobachtungsstand.

Ein recht rauhes „Mallästert“ weht über die Gefühle der deutschen Innenpolitik und wirbelt dort hohe Staubwolken auf; man bekommt ordentlich das Niesen, wenn man ein bisschen näher herangeht. Selbst den pfiffigsten politischen Propheten ist's unmöglich, zu sagen, was nun eigentlich werden, wer recht behalten wird. Auf der einen Seite stößt die Sozialdemokratie im Reichstag immer schärfer gegen die Regierung vor, benützt die Gelegenheit der Staatsberatung zu heftigen Angriffen, auch zu entscheidenden Vorschlägen, die die Ausgaben zunächst einmal des Reichs erbeblich kürzen sollen, — und auf der anderen Seite findet die Regierung bei den Parteien, von denen sie in den Sattel gesetzt wurde, eine nur matte Unterstützung oder gar ziemlich unverhohlenen Widerspruch. Wegen des Reichsrats ist es schon jetzt zu sehr unzweideutigen Erklärungen gekommen und das dürfte erst der Auftakt zu den „kommenden Dingen“ werden. Denn das Kabinett Brüning ist, parlamentarisch gesehen, eben nur sozusagen auf Flugband gebaut. In der demokratischen Partei, also auf dem linken Flügel der „Reichsregierung“, sind die Debatten über die künftige politische Haltung ebenso umfangreich wie auf dem rechten. Und was dazwischenliegt an Parteien und rechten, rückt und rutscht gleichfalls hin und her. Da läßt man zweifelhaft, wie die Finger von jeglichem Prophezeien über das Aussehen dieser Zukunft, über die Aussichten bzw. das Schicksal des Reichstages.

Die Regierung freilich arbeitet auf weitere Sicht und — muß es auch tun, wenn sie lebt an die Ausarbeitung, vor allem aber an eine sichere finanzielle Fundamentierung des Ostprogramms wirklich herangeht. Man mußte sich dabei natürlich an die Möglichkeiten halten, die als Grenzen von der Lage der Reichsfinanzen gesetzt sind. Und diese Grenzen sind beträchtlich enger gezogen, als allzu früh erweckte Hoffnungen dies glauben ließen. Trotzdem bleibt das Programm umfangreich genug, läßt sich auch heute noch nicht sagen, wie weit allein der kreditpolitische Teil, also vor allem die Umschuldungs- bzw. Restbefestigungsaktion, gehen wird und gehen kann. Das muß sich natürlich auch nach der Höhe der zur Verfügung stehenden oder gestellten Mittel richten; vielleicht wird man hierbei auch die bekannten Hilfsvorschlüsse der deutschen Industrie wieder hervorziehen und für die Landwirtschaft nutzbar machen können. Denn an staatlichen Mitteln — die nicht eine neue Belastung der Ausgaben des Reichs darstellten würden — hat man für 1930 nur rund 100 Millionen zur Hand. Weil man aber nun gar nicht weiß, inwieweit die spätere Entwicklung der Reichsfinanzen die Flüssigmachung noch größerer Mittel ermblickt wird, man die Schwierigkeiten aber in Rechnung stellen muß, so scheint innerhalb der Regierung vorläufig eine Einigung über den zeitlichen, den lokalen und den materiellen Umfang des Ostprogramms noch gar nicht hergestellt, die Finge, Vorschläge, Pläne scheinen erst noch hart im Werden zu sein.

Hoffentlich redet man nicht inzwischen alles und jedes tot! So etwas ist heutzutage im Zeitalter der politischen Vielrederei durchaus nicht ausgeschlossen. So hat sich z. B. der preussische Ministerpräsident darüber beschwert, daß im Laufe des Jahres 1929 die Herren Abgeordneten „feines“ Landtags nicht weniger als 1400 Stück der mehr, meist minder berühmten „kleinen Anfragen“ an die Regierung gerichtet haben. Diese nun derart mißbräuchliche Einrichtung stammt aus dem englischen Parlamentsgebrauch. Aber dort war sie ein auf dem Boden langer Entwicklung und Erfahrung ausgewachsener Brauch. „Nur nichts Schriftliches!“ Sondern eine wirklich „kleine“, nur mündlich gestellte Frage, die in kurzer, knapper, oft witziger Form, in Rede- und Antwortspiel behandelt wurde. Die bisweilen sogar von der Regierung bei der Opposition bestellt war und damit Gelegenheit geben sollte, in wichtigsten außen- oder innenpolitischen Angelegenheiten kurze Gelegenheit zur Kennzeichnung der Regierungsansichten und -absichten zu geben. Bei uns ist das zwar nicht im Reichstag, wohl aber in den Landtagen etwas ganz anderes geworden, vor allem zu einem Kampfmittel der Opposition, das nach außen hin bisweilen nur agitatorisch wirken soll. Gewiß ist das ein Recht, aber ob es immer ein „gutes“ ist, wird vielfach bezweifelt. Sehr oft muß die „angefragte“ Regierung erklären, daß eine Beantwortung nur Arbeiten der Behörden von unmöglichstem Ausmaß verursachen würde und in gar keinem Verhältnis zu dem angestrebten Nutzen der Auffklärung stünde. Von Schlimmerem soll noch gar nicht geredet werden; so, wenn z. B. der rein parteiagitatorische Zweck sozusagen gleich aus den ersten Worten der Anfrage hervorleuchtet. Das mag man in den Ausschüssen des „Hohen Hauses“ erledigen und von hier aus, wenn man durchaus will, die Gelegenheit parteiagitatorisch auszunützen. Aber niemand wird bestreiten können, daß der Verwaltungsapparat heute schon mit Überflüssigkeiten mehr als nur überlastet ist; man soll deswegen ihm nicht noch mehr an diesen Mißbräuchen aufladen.

Baldige Hilfe für den Osten

Denkschrift über das Ostprogramm.

Das Reichskabinett beschäftigt sich gegenwärtig mit dem angekündigten Osthilfegesetz. Es soll dabei Einverständnis herrschen darüber, das gesamte Osthilfeprogramm noch vor der Sommerpause des Reichstages von diesem erledigen zu lassen. Mit der Bearbeitung der Einzelheiten ist bereits begonnen worden. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß vor nächster Woche die endgültigen Vorlagen fertiggestellt sein werden. Eine Teilung in ein Sofortprogramm und ein Gesamtprogramm könnte — unbeschadet der Erledigung auch des Gesamtprogramms noch vor der Sommerpause des Reichstages — in Betracht kommen, wenn aus technischen Gründen der sorgfältigeren Vorbereitung einzelne Teile nicht sofort abschließend geklärt werden können.

Den Vorlagen, die dem Kabinett zugegangen sind, ist eine ausführliche Denkschrift zur Begründung beigegeben. Nach den Anforderungen der einzelnen beteiligten Ressorts würden sich die Gesamtkosten im Laufe von fünf Jahren auf fast 700 Millionen Mark stellen, und zwar werden verlangt 200 Millionen für langfristige Bürgschaften für die Beleihung landwirtschaftlicher Grundstücke, 300 Millionen für den Umschuldungsprozeß, 130 Millionen für Eisenbahneubauten und sonstige Verkehrsmagnahmen. Darüber hinaus erhebliche Beträge für gewerbliche, soziale und kulturelle Zwecke. Neben einem Rahmengesetz sind sechs Einzelgesetze vorgelesen.

Ueber 100 Millionen schon 1930.

Die Angaben über das, was schon 1930 aufgewendet werden soll, schwanken noch einigermaßen. Jedoch stimmen im großen und ganzen die Mittelungen insofern überein, als etwa 100 bis 120 Millionen in Betracht zu

ziehen sind. Dieser Betrag ist bereits mit 51 Millionen in den Reichshaushalt eingesetzt. Der Rest soll aufgebracht werden in Höhe von 30—40 Millionen aus dem Verkauf oder der hypothekarischen Beleihung von Reichsgrundstücken im ehemaligen besetzten Gebiet, 20 Millionen aus dem Referendums der Bank für Industrie-Obligations, der Rest aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die auch bisher schon vielfach für Siedlungszwecke in Anspruch genommen wurde.

Einzelne sofortige Maßnahmen.

Von den im Reichsetat 1930 enthaltenen 51 Millionen ist über eine Summe von 20 Millionen bereits verfügt. Von den übrigen Mitteln sowie bei 75 Millionen neuer Mittel sollen die folgenden Beträge ausgeworfen werden: 6 Millionen für Zinsverbilligung usw., 30 Millionen für die Lastenentlastung, d. h. für Ermäßigung oder Erlaß der Grundvermögenssteuer, der Gewerbesteuer, für Frachtenverbilligung und ähnliches, 50 Millionen für die Sicherung gefährdeter landwirtschaftlicher Betriebe, 10 Millionen für gewerbliche, soziale und kulturelle Zwecke.

Grundsätzliche Einigung im Reichskabinett

Das Reichskabinett setzte unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Lutzer die Erörterung über das Osthilfegesetz fort.

Die Beratungen führten zu einer grundsätzlichen Einigung, auf Grund deren die endgültigen Gesetzentwürfe von Ressorts unter Führung des Reichsfinanzministeriums des Innern in den nächsten Tagen vorgelegt werden sollen. Das Reichskabinett wird alsdann am nächsten Mittwoch über die endgültige Gestaltung des Gesamtprogramms Beschluß fassen.

Schied sucht Minister.

Letzte Schwierigkeiten.

Man war am Montag abend sehr gewiß, daß am nächsten Tage die Ministerpräsidentenwahl im Landtag glatt verlaufen würde, und man wußte auch, daß der bisherige Innenminister Richter gewählt werden würde. Seine Hand hätte freilich niemand dafür ins Feuer zu legen gewagt, denn man ist während sächsischer Regierungskrisen allzusehr an Überraschungen gewöhnt. Und sie sind auch diesmal wieder nicht ausgeblieben. Kurz vor der Plenarsitzung am Dienstag sah es sogar noch einmal ganz so aus, als würde die Ministerpräsidentenwahl wieder nicht zustande kommen und als bliebe nichts als die Landtagsauflösung übrig. Und dieses Gespenst droht auch jetzt noch, obwohl der Ministerpräsident endlich da ist.

Nicht Richter, sondern der Präsident des Staatsrechnungshofes Schied ist es geworden, nicht mit der Mehrheit aller im Landtag vorhandenen Stimmen, die 49 beträgt, sondern nur mit 46 Stimmen, da die Nationalsozialisten weiche Zettel abgaben. Obgleich sie eben noch den Erfolg erreicht hatten, daß nicht Richter, den die Demokraten und Sozialisten vorgeschlagen hatten, sondern Schied präsentiert wurde. Der Ministerpräsident gestaltete ihnen schon, nicht aber sind sie einverstanden mit der Art, in der er sein Kabinett zusammenstellen soll. Man weiß ja: ein „unpolitisches“ Kabinettskabinett soll es werden, und es soll so unpolitisch sein, daß die in Frage stehenden Beamten von den Parteien möglichst gar nichts wissen, jedenfalls nicht selbst Politiker sein sollen.

Den Nationalsozialisten ist es freilich gelungen, in diese Wunschfront Bresche zu legen, indem sie die Wahl Schieds durchsetzten. Schied nämlich ist Mitglied des Vorstandes der Deutschen Volkspartei in Dresden, wenn er auch niemals als solches irgendwie herorgetreten ist. Zu einer Partei gehört er aber eben doch. Und das kann man auch allerdings wirklich nicht als „Mangel“ bezeichnen: wer ist denn heute tatsächlich noch völlig „unpolitisch“? Man hat sich also damit abgefunden, will aber nun erst recht Minister haben, die keiner Partei angehören. Da stellen die Nationalsozialisten erneut ihre Forderung: Die alten Minister sollen wiederkehren, d. h. vor allem Dr. Brüning und Dr. Krug v. Nidda. Auch diese Forderung ist sicherlich nicht leicht von der Hand zu weisen, denn beide sind alte, als solche höchst bewährte Beamte, die auch als Minister niemals die Parteinteressen vor die sachlichen Interessen gestellt haben. Nur Beamte, ohne jegliche parteimäßige Bindung, sind der Innenminister Richter und der Justizminister Dr. Mansfeld. Darüber, daß sie bleiben sollen, besteht nirgends die geringste Meinungsverschiedenheit. Sehr schwierig aber liegen die Verhältnisse beim letzten der jetzigen Minister, dem Finanzminister Weber, der nur als Vertreter der Wirtschaftspartei in sein Amt gekommen ist. Ihn sucht natürlich besonders die Wirtschaftspartei zu halten, während sich die anderen Parteien an ihm „desinteressieren“ und es am liebsten hätten, wenn der

Ministerialdirektor im Finanzministerium, der „wirkliche Finanzminister“ seit langen Jahren, Dr. Hedrich, an Webers Stelle träte.

Was soll werden? Niemand will jetzt nachgeben, — aber man denkt wohl daran, daß man Zeit zum Verhandeln hat, denn die nächste Landtagsitzung wird ja erst am Dienstag stattfinden. Die Nationalsozialisten drohen am lautesten: sie sagen, wenn ihnen Schieds Kabinett nicht gefiele, dann würden sie eben für die Auflösungsanträge stimmen. Also geht das Gespenst der Neuwahlen immer noch um. Aber niemand erschrickt vor ihm. Man hat jetzt gesehen, daß keine Partei Lust zu Neuwahlen hat, und man vertraut daher überall darauf, daß man sich schon noch einigen wird. Daß auch nichts anderes im Volksinteresse liegt, braucht nicht besonders dargelegt zu werden.

Neuregelung der Einfuhrscheine.

Die Sperrermächtigung des Finanzministers.

Durch Verordnung wird bei Roggen, Hafer und im Inland erzeugter Gerste mit einem Vorkontingentsgewicht von mehr als 67 Kilogramm der Wertbestimmung des Einfuhrscheins ein Betrag von 9 Reichsmark zugrunde gelegt. Bei lebendigen Schweinen wird der Wertbestimmung des Einfuhrscheins ein Betrag von 27 Reichsmark, bei Schweinefleisch ein Betrag von 36 Reichsmark, bei Schweineschinken ein Betrag von 48 Reichsmark zugrunde gelegt.

Bei der Ausfuhr von Rindfleisch und Schafes sowie von Rindfleisch und Schaffleisch werden Einfuhrscheine neu eingeführt.

Entsprechend der Bestimmung des Gesetzes über Zolländerungen vom 15. April 1930, wonach die Belastung der Reichskasse durch Einfuhrscheine nicht höher als im letzten Rechnungsjahre sein darf, ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, die Ausstellung von Einfuhrscheinen bei der Ausfuhr von Roggen, Roggenschrot und Hafer mit einwöchiger Frist zu sperren.

Einigung über die Tributanzleihe

Paris, 7. Mai. Die in Paris tagenden Vertreter der B3, sowie der Schatzämter der Gläubigerstaaten und des deutschen Finanzministeriums haben die Beschlüsse der Bankierkonferenz am Mittwoch angenommen. Die Young-Obligations werden demnach zu 5% vom Hundert verzinst und vermutlich zu 2 v. H. unter Pari, d. h. zu 98 v. H. aufgelegt. Die Anleihebestände, denen die Halbjahreszinscheine angefügt sind, sollen im Laufe von 35 Jahren getilgt werden. Die Verteilung unter den an der Zeichnung beteiligten Mächten wird in der bereits bekannten Weise erfolgen. Die B3 soll für ihre bankmäßige Vermittlungstätigkeit, die sie im Auftrage der einzelnen Regierungen ausübt, eine Vergütung von 1/10 v. H. erhalten. Man nimmt an, daß die B3 ihre Tätigkeit bereits am 15. Mai aufnehmen wird.